



Insolvenzen. Die Zahl der Firmenpleiten steigt in Deutschland seit einiger Zeit deutlich. Zunehmend trifft es größere Industriefirmen, entsprechend gehen viele Arbeitsplätze verloren. Diese Entwicklung verliert an Schrecken, wenn neu gegründete Unternehmen die frei gewordenen Fachkräfte einstellen. Allerdings blieb die Zahl der Gründungen zuletzt auf niedrigem Niveau. IW-Mittelstandsexperte Klaus-Heiner Röhl erklärt im iwd-Interview die Hintergründe und erläutert, was die künftige Bundesregierung tun muss, um das Gründungsgeschehen zu beleben. —> **Seiten 2-5**

Berufsabschlüsse

Viele Unternehmen, die ausländische Fachkräfte beschäftigen, helfen diesen bei der Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen.

—> **Seiten 10-11**

Energie

Industriefirmen in Deutschland müssen deutlich höhere Strompreise zahlen als ihre Konkurrenten im Ausland. Die Politik muss diesen Nachteil dringend beseitigen.

—> **Seiten 14-15**

25 Prozent mehr Firmenpleiten

Insolvenzen. Im vergangenen Jahr erreichte die Zahl der Firmenpleiten in Deutschland mit etwa 22.400 ein neues Hoch. Dass Unternehmen Insolvenz anmelden, ist für die Betroffenen in der Regel hart, die Gesamtwirtschaft kann damit bis zu einem gewissen Grad aber umgehen. Problematisch ist in Deutschland jedoch, dass es gleichzeitig viel zu wenige Existenzgründer gibt.

Der Autositzhersteller Recaro, das Modeunternehmen Esprit, die Warenhauskette Galeria, der Reisekonzern FTI – sie alle zählen zu den 22.400 Unternehmen in Deutschland, die im Jahr 2024 Insolvenz angemeldet haben. Damit erhöhte sich die Zahl der Firmenpleiten gegenüber

dem Vorjahr um mehr als 25 Prozent. Und auch für das laufende Jahr sieht es nicht gut aus (Grafik):

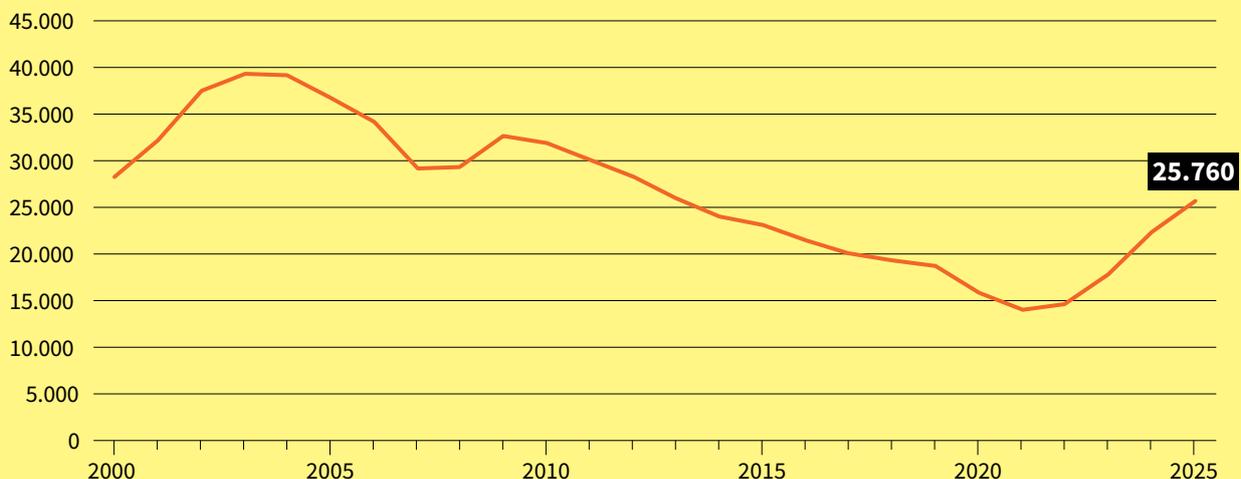
Im Jahr 2025 dürfte es laut IW-Schätzung zu einem Anstieg von 15 Prozent kommen – das wären annähernd 25.800 Unternehmensinsolvenzen.

Bei einem Anstieg von 20 Prozent, den einige Forscher für wahrscheinlich halten, wären es sogar 26.880 Unternehmen, die im Laufe des Jahres gezwungen wären, einen Insolvenzantrag zu stellen.

Ein Blick auf die langfristige Entwicklung des Insolvenzgesche-

Zahl der Firmenpleiten steigt

Unternehmensinsolvenzen in Deutschland



2024: vorläufig; 2025: geschätzt

Quellen: Creditreform, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

hens in Deutschland zeigt: Die Zahl der Firmenpleiten war schon mal höher. So stiegen die Insolvenzzahlen ab 1999 eine Zeitlang kräftig an. Der Grund war eine Reform des Insolvenzrechts, die die Regelungen für zahlungsunfähige oder überschuldete Unternehmen zwischen den alten und neuen Bundesländern vereinheitlichte. Nachdem im Jahr 2003 mit 39.320 Firmenpleiten der Höhepunkt erreicht war, sanken die Fallzahlen ab 2005 aufgrund verbesserter Bilanzen der Unternehmen und einer wieder wachsenden Wirtschaft.

Mit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 kam es dann wieder zu deutlich mehr Insolvenzen, anschließend folgte ein nahezu konstanter Rückgang bis 2019.

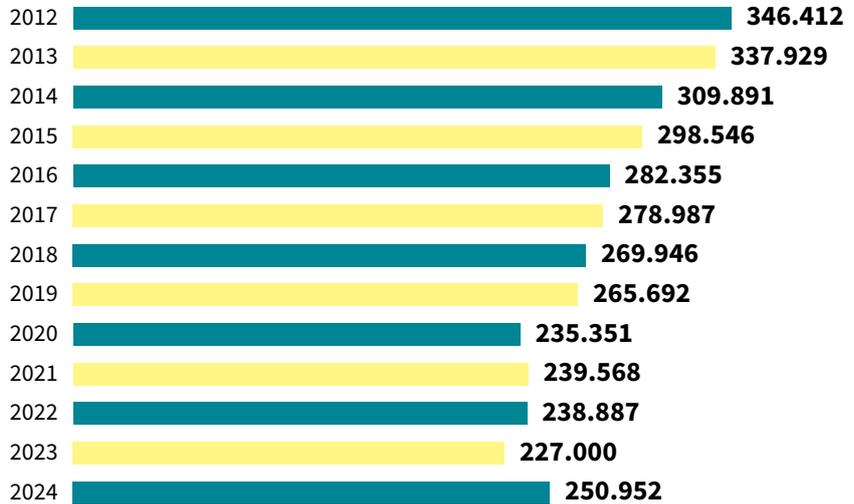
Der Tiefpunkt des Insolvenzgeschehens war mit nur noch knapp 14.000 Fällen während der Coronapandemie im Jahr 2021 erreicht, da die Bundesregierung die Antragspflicht aussetzte und in Not geratenen Unternehmen umfangreiche Beihilfen gewährte.

Danach normalisierte sich das Insolvenzgeschehen zusehends, wobei seit 2023 der Energiepreisanstieg und die einsetzende Rezession dazu geführt haben, dass deutlich mehr Firmen in allen Wirtschaftssektoren ihr Geschäft aufgeben haben.

Die Bereiche Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie die wirtschaftsnahen Dienstleistungen, zu denen auch die Immobilienwirtschaft zählt, dominieren das Insolvenzgeschehen. Aus regionaler Perspektive führt das einwohnerreichste Land Nordrhein-Westfalen mit rund 5.500 Insolvenzfällen die Liste an, gefolgt von Bayern (rund 3.000) und Baden-Württemberg (knapp 2.500). Besonders kräftig fiel der Anstieg mit 38 Prozent in Niedersachsen aus, wo es 2024 annähernd 1.900 Insolvenzen gab.

Unternehmensgründungen: Weiterhin auf niedrigem Niveau

Zahl der Existenzgründungen in Deutschland



2023: gerundet; 2024: Hochrechnung vom 1. Halbjahr

Quellen: Institut für Mittelstandsforschung Bonn, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Den einzigen Rückgang verzeichnete mit einem Minus von 12 Prozent der Stadtstaat Bremen.

Dass Unternehmen aus dem Markt austreten, ist nicht unbedingt negativ zu sehen – schließlich werden so knappe Ressourcen wie Fachkräfte frei, die dann wiederum in neu gegründeten, innovativen Unternehmen beschäftigt werden können, um so beispielsweise die Transformation der Wirtschaft hin zu einer vollständigen Treibhausgasneutralität zu bewerkstelligen. Doch Deutschland hat ein Gründungsproblem (Grafik):

Die Zahl der Existenzgründungen steigt zwar seit 2023 leicht, ist jedoch aktuell mit rund 250.000 um fast 100.000 niedriger als 2012.

Dass weniger neue Unternehmen entstehen, hängt zwar auch mit dem demografischen Wandel zusammen, doch das ist nicht der alleinige Grund. Das Gründungsdefizit

Deutschlands ist auch durch Überregulierung, Infrastrukturmängel und Fachkräftengpässe verursacht worden. Wenn all diese Wachstumsbremsen gelöst würden, könnte dies die Wettbewerbsposition bestehender Unternehmen verbessern und auch mehr innovative Gründungen anregen – einschließlich kapitalintensiver Unternehmen, die innovative Technologien auf den Markt bringen. Für sie sollte neben dem bereits vorhandenen staatlichen Zukunftsfonds auch mehr privates Kapital mobilisiert werden.

IW-Report

Thomas Obst, Klaus-Heiner Röhl: Unternehmensinsolvenzen steigen kräftig – Grund zur Sorge oder Normalisierung nach Pandemie-jahren?



Interview. Seit einiger Zeit steigt die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland, zugleich gibt es im längerfristigen Vergleich zu wenige Firmengründungen. **Klaus-Heiner Röhl**, Senior Economist für Mittelstands- und Regionalpolitik im IW, erläutert im iwd-Interview die Gründe für diese Entwicklung und sagt, wie Deutschland die Start-up-Szene beleben könnte.

„Wir müssen die Forschungs-PS auf die Straße bringen“

Die Zahl der Insolvenzen ist 2024 gestiegen. Sind das noch Nachwirkungen von Corona oder Ausdruck der multiplen weltweiten Herausforderungen derzeit?

Das verändert sich in der Tat gerade. Wir hatten erst die Coronajahre, in denen Anträge auf Insolvenz ausgesetzt wurden und die Wirtschaft massive Hilfen vom Staat bekam. Danach gab es eine Phase der Normalisierung, aber inzwischen sehen wir zunehmend die Folgen der Rezession, die wir in Deutschland seit mittlerweile zwei Jahren haben.

Lässt sich irgendein Faktor benennen, der die Insolvenzen besonders stark antreibt?

Ich denke, der Energiepreisschock ist besonders relevant – vor allem, weil er so plötzlich kam. Hinzu kommt für die Industrie die erschöpfte Globalisierung. So ist das Wirtschaftswachstum in China zuletzt gesunken und das Land drängt ausländische Unternehmen zunehmend vom Markt. All das macht deutschen Firmen, die vom China-Boom zuvor profitiert haben, schwer zu schaffen.

Welche Unternehmen hat es vor allem getroffen? Kleine, mittlere, große?

Normalerweise dominieren die kleinen Unternehmen das Insolvenzgeschehen. Dahinter steckt ein leicht nachvollziehbarer Prozess. Denken wir beispielsweise an das alteingesessene Restaurant um die Ecke, dessen Konzept oder Küche bei den Menschen nicht mehr so gut ankommt. Wenn dann nebenan ein neuer Gastronomiebetrieb aufmacht, der die Kunden begeistert, wird der alte Betrieb irgendwann aufgeben. Diese Dynamik in der Unternehmenslandschaft ist ja durchaus positiv.

Wir sehen jetzt aber vermehrt, dass immer mehr große Unternehmen schließen müssen, vor allem energieintensive Firmen und vermehrt Automobilzulieferer. Auch das kann man als Teil des derzeitigen Strukturwandels sehen, aber diese Insolvenzen verursachen schon relativ große wirtschaftliche Schäden – viele Arbeitsplätze gehen verloren und die Banken verzeichnen hohe Forderungsausfälle.

Das IW rechnet für 2025 mit weiter steigenden Insolvenzzahlen. Worauf stützt sich diese Einschätzung?

Dahinter steckt im Wesentlichen die Annahme, dass Deutschland nicht so schnell aus dem Konjunkturtief herauskommt und die Rezession noch weitere Unternehmen in Mitleidenschaft zieht.

Wir wissen natürlich nicht, wie schnell die künftige Bundesregierung die Konjunktur ankurbeln kann. Die zusätzlichen Mittel für Verteidigung und die Infrastruktur, von denen jetzt die Rede ist, könnten der Wirtschaft zweifellos Impulse geben und damit auch das Insolvenzgeschehen positiv beeinflussen. Höchstwahrscheinlich werden die jetzt geschmiedeten Pläne aber erst 2026 ausgabenwirksam und dürften die Konjunktur nicht schon im laufenden Jahr nach oben reißen.

Meldungen über steigende Insolvenzzahlen werden ja erst mal als schlechte Nachrichten wahrgenommen. Ist es aber angesichts des Fachkräftemangels nicht sogar gut, wenn in Schwierigkeiten



Foto: IW Medien

geratene Unternehmen aus dem Markt ausscheiden und profitable Firmen so leichter an neue Mitarbeiter kommen?

Wie gesagt, Veränderungen in der Unternehmenslandschaft sind ganz normal und gerade in der jetzigen ungünstigen demografischen Situation hat es auch seine guten Seiten, wenn Unternehmen aus dem Markt ausscheiden und so Fachkräfte frei werden für neu gegründete Firmen.

Aber: Wir haben eben das Problem, dass die Gründerzahlen in Deutschland zuletzt zwar leicht gestiegen, längerfristig betrachtet mit etwa einer Viertelmillion jedoch auf sehr niedrigem Niveau sind. Vor allem sehen wir eine Schwäche bei der Neugründung von Hochtechnologieunternehmen. In den USA gibt es immer wieder Gründer von Hightechfirmen, die in wenigen Jahren zu Milliardären werden. Ein solches Wachstum von Technologie-Start-ups haben wir in Deutschland viel zu selten.

Woran liegt es denn, dass in Deutschland so wenige Unterneh-

men gegründet werden und diese zu selten wirklich durchstarten?

Das ist eine schwierige Frage. Wir haben ja tatsächlich ein gutes Forschungssystem – mit starken Hochschulen, vielen Forschungsinstituten und auch Transfereinrichtungen an den Universitäten, die sich um Ausgründungen aus der Forschung kümmern sollen. Aber wir sind weiterhin sehr schlecht darin, Forschungsergebnisse in Innovationen umzusetzen, die dann in wachstumsstarke Start-ups münden. Wir bringen sozusagen die vorhandenen Forschungs-PS nicht auf die Straße.

Welche Anreize beziehungsweise Hilfen erwarten Sie von der neuen Regierung, um die Zahl der Unternehmensgründungen zu steigern?

Unser Fördersystem ist gut aufgestellt – schon die letzte Große Koalition hat einen Zukunftsfonds aufs Gleis gesetzt, der erhebliche Mittel für Gründungen, auch in der Industrie, mobilisiert hat. Daran hakt es also nicht.

Was wir allerdings brauchen, ist ein starker Abbau von Bürokratie und

Regulierungen, die vielen Unternehmen den Einstieg verhageln. Oft müssen sich Gründer mehr um Formulare und beispielsweise die Konformität mit Sustainability-Regeln kümmern als um ihr eigentliches Geschäft.

Hinzu kommt die Taxonomie der Banken – sie müssen versuchen, ihr Portfolio grüner zu gestalten. Das führt dann dazu, dass etwa Rüstungs-Start-ups große Mühe haben, überhaupt ein Bankkonto zu bekommen, was in der aktuellen Situation ziemlich skurril ist.

Deregulierung tut also not, denn es geht bei Technologiegründungen immer auch um Geschwindigkeit. Wenn ein junges deutsches Unternehmen und ein US-Start-up die gleiche gute Idee haben, kann Letzteres aufgrund der unkomplizierten Genehmigungs- und Finanzierungsregelungen in den USA einfach viel schneller durchstarten.

Stichwort USA – dort denken viele Forscher aufgrund von Trumps Politik ernsthaft darüber nach, auszuwandern. Sollte sich Deutschland um diese Menschen aktiv bemühen?

Ja, das wäre sinnvoll. Im Gegensatz zu der völlig erratischen Politik der neuen US-Regierung könnte Deutschland den amerikanischen Fachkräften vor allem Rechtssicherheit bieten. Die Gehälter sind hierzulande zwar deutlich niedriger, das gilt aber auch für die Preise.

Um für ausländische Fachkräfte dauerhaft attraktiv zu sein, muss Deutschland jetzt aber auch eine Regierung zustande bringen, die übermäßige Regulierungen und Bürokratie durch eine echte Willkommenskultur ersetzt. Es darf nicht sein, dass qualifizierte ausländische Arbeitnehmer, die wir hier dringend brauchen, jahrelang auf ihre Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung warten müssen.

Ein bisschen abschalten

Mediennutzung. Heutzutage sind die meisten Jugendlichen mit Plattformen wie Instagram, YouTube und Co. aufgewachsen. Der Konsum von digitalen Medien gehört für sie zum Alltag. Dennoch wollen viele Teenager weniger online sein, weil das ständige Surfen für sie auch einige Nachteile hat.

Wenn es darum geht, mit welchen Medien sich die 12- bis 19-Jährigen in Deutschland in ihrer Freizeit am liebsten beschäftigen, sind Internet und Smartphone ganz vorne mit dabei. In der Studie „Jugend, Information, Medien“ gaben 2024 alle Jugendlichen an, dass sie das Internet nutzen – rund 90 Prozent von ihnen sind jeden Tag online. Viele Teenager tauschen sich dort auf Plattformen mit anderen aus, teilen Bilder und Videos oder halten den persönlichen Alltag fest.

Die Zeit, die Jugendliche pro Tag online sind, hat zuletzt jedoch abgenommen und betrug 2024 im Schnitt 201 Minuten – rund 10 Prozent weniger als im Vorjahr. Das könnte daran liegen, dass viele Teenager durch den ständigen Internetkonsum negativen Einflüssen ausgesetzt sind (Grafik):

Die meisten 12- bis 19-Jährigen vergessen sich im Internet und nutzen ihr Handy viel länger als gewollt.

Vor allem die permanente Erreichbarkeit hat ihren Preis: Jeweils vier von zehn Jugendlichen fühlen sich bei den Hausaufgaben durch ihr Smartphone abgelenkt und sind von den vielen Nachrichten manchmal genervt. Außerdem berichten die Teenager oft von problematischen Inhalten, denen sie

beim Surfen begegnen. Am häufigsten sind sie mit Fake News, also bewusst falschen oder irreführenden Informationen, konfrontiert. Jeweils mehr als die Hälfte der Jugendlichen hat zudem mindestens einmal Erfahrungen mit beleidigenden Kommentaren oder extremen politischen Ansichten gemacht.

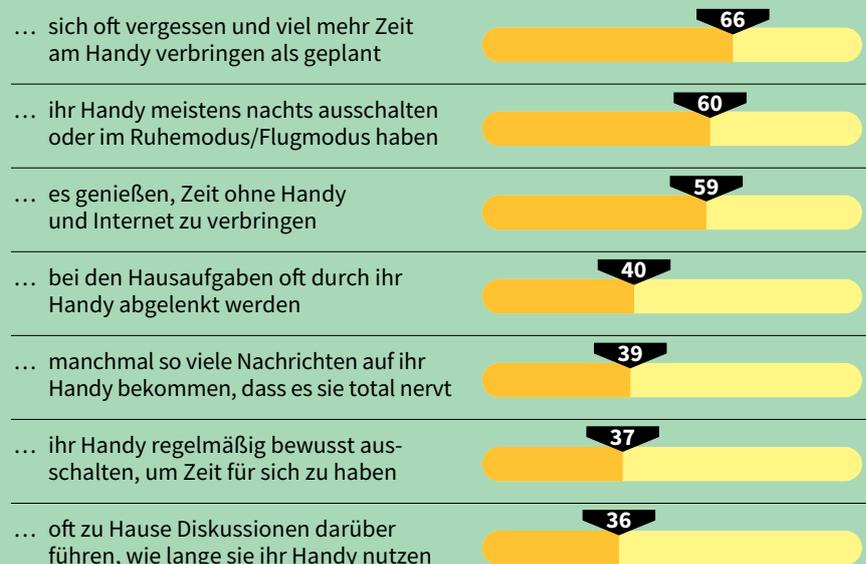
Während vor allem die jüngeren Teenager zu Hause häufig mit ihren Eltern darüber diskutieren, wie lange

sie ihr Handy nutzen dürfen, nehmen andere sich aus eigenem Antrieb eine Auszeit: Knapp 60 Prozent der 12- bis 19-Jährigen genießen es, bewusst Zeit offline und ohne Smartphone zu verbringen.

Um ungestört zu schlafen oder nicht permanent vernetzt zu sein, schalten ebenso viele ihr Handy nachts aus oder in den Flugmodus. Um mehr Zeit für sich zu haben, tun das tagsüber rund 37 Prozent.

Digitaler Konsum, reale Folgen

So viel Prozent der Jugendlichen in Deutschland geben an, dass sie ...



Befragung von 1.200 Bundesbürgern im Alter von 12 bis 19 Jahren zwischen dem 5. Juni und 14. Juli 2024

Quelle: Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest
© 2025 IW Medien / iwd

Popcorn auf der Couch

Kinobranche. Bei der 97. Oscar-Verleihung erhielt die internationale Produktion „Konklave“ mit deutscher Beteiligung nur einen Goldjungen. Für die deutsche Kinobranche bedeutete dies nach dem Erfolg von 2023 mit „Im Westen nichts Neues“ eine Enttäuschung. Im Kampf um Zuschauer machen zudem Streaminganbieter wie Netflix, Amazon Prime Video und Disney+ den deutschen Kinos weiterhin das Leben schwer.

„Vorhang auf“ hieß es am 2. März im Dolby Theatre in Los Angeles, wo zum 97. Mal die Oscars verliehen wurden. Der Film „Konklave“ des deutschen Regisseurs Edward Berger wurde in acht Kategorien nominiert – darunter als bester Film, für das beste Kostümdesign der Berliner Kostümbildnerin Lisy Christl und für den besten Soundtrack von Komponist Volker Bertelmann, der den Preis in dieser Kategorie 2023 für seine Arbeit an „Im Westen nichts Neues“ erhielt. Am Ende reichte es jedoch lediglich für eine Auszeichnung: In der Kategorie „Bestes adaptiertes Drehbuch“ holte sich der Thriller einen der begehrten Goldjungen. Die deutsche Kinobranche konnte damit nicht an den Erfolg von 2023 anknüpfen, als

„Im Westen nichts Neues“ gleich vier Oscars abräumte.

Etwas mehr Schwung durch die Preisverleihung hätte den heimischen Kinos durchaus gutgetan, denn sie haben sich immer noch nicht vollständig von den Umsatzeinbrüchen der Coronajahre 2020 und 2021 erholt. Zuletzt sank der Umsatz sogar wieder (Grafik):

Die deutschen Kinos erwirtschafteten im Jahr 2024 knapp 870 Millionen Euro – fast 7 Prozent weniger als im Jahr zuvor.

Der Umsatz des vergangenen Jahres liegt zudem noch weit unter den Einnahmen, die die Kinos vor der Coronapandemie erzielten – 2019 betrug der Umsatz etwas mehr als 1 Milliarde Euro.

Dass in den hiesigen Filmtheatern die Kassen nicht wieder stärker klingeln, liegt auch an der Beliebtheit von Streamingdiensten wie Netflix, Amazon Prime Video, Disney+ und Co. Allein der Streamingriese Netflix kommt aktuell auf mehr als 300 Millionen zahlende Abonnenten – das sind in etwa viermal so viele wie im Jahr 2015.

Der Vorteil der Plattformen: Sie bieten die Möglichkeit, die neuesten Filme kurz nach Kinostart jederzeit zu Hause sehen zu können. Zudem produzieren viele Anbieter selbst preisgekrönte Filme mit teils hochkarätiger Besetzung. Diese laufen dann gar nicht erst im Kino an, sondern sind direkt auf der jeweiligen Plattform verfügbar.

Kinos: Umsatz zuletzt wieder gesunken

Umsatz der deutschen Kinos in Millionen Euro

■ Verkaufte Tickets in Millionen



Quelle: Filmförderungsanstalt
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Nachwuchs benötigt

Arbeitsmarkt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften in IT-Berufen steigt. Um ihr gerecht zu werden, muss die Politik bereits in der Schule ansetzen und die digitale Bildung der Schüler stärken. Dort zeigt der Trend derzeit in die falsche Richtung.

Das Geschäft mit den immer größeren Datenmengen boomt. Allein in der EU setzten Datenlieferanten 2023 annähernd 93 Milliarden Euro um. Die EU-Kommission schätzt, dass sich diese Zahl bis zum Jahr 2030 nahezu verdoppeln wird.

Der Löwenanteil des Umsatzes entfiel 2023 mit rund einem Viertel auf Unternehmen in Deutschland. Auch über die Datenlieferung hinaus profitieren Firmen hierzulande auf unterschiedliche Weise von datengetriebenen Geschäftsmodellen –

zum Beispiel durch die Implementierung von künstlicher Intelligenz.

Dementsprechend liegt es auf der Hand, dass entsprechende Fachkräfte immer stärker gefragt sind: Innerhalb von zwölf Jahren, von 2012 bis 2024, ist der Anteil der Angestellten in IT-Jobs an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland um 1 Prozentpunkt auf 3,1 Prozent gestiegen. Je nach Bundesland unterscheidet sich die Quote allerdings stark (Grafik Seite 9):

Der Anteil der IT-Fachkräfte an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten war 2023 in Hamburg und in Berlin mit 5,0 beziehungsweise 4,7 Prozent am höchsten, in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern mit jeweils 1,2 Prozent am niedrigsten.

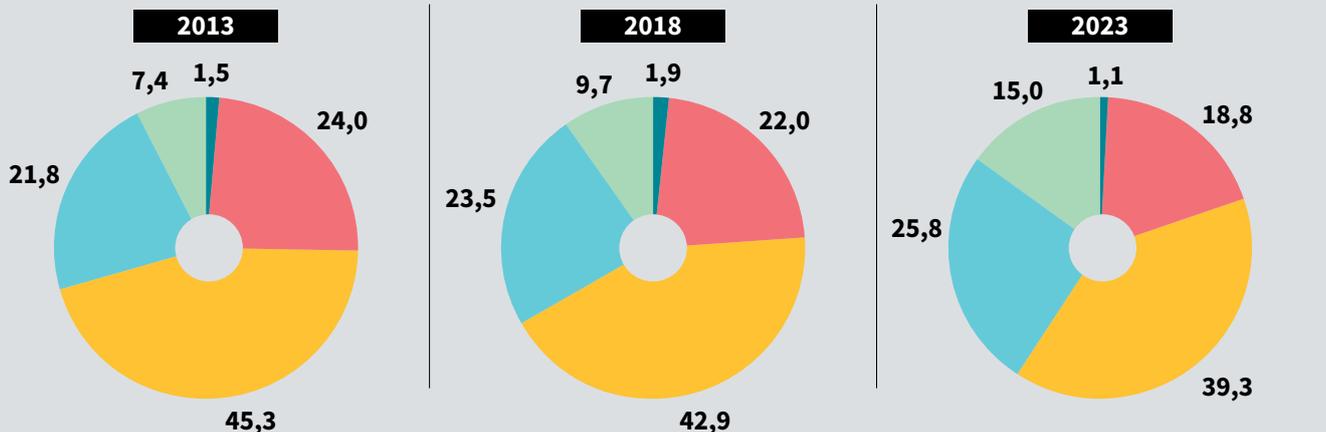
Dass der Trend generell aufwärts zeigt, gilt jedoch für alle Bundesländer. Von 2022 bis 2024 nahm die Zahl der in IT-Jobs Beschäftigten um rund 12 Prozent auf fast 1,1 Millionen zu. Zwar wuchs die Beschäftigung in der

Digitale Kompetenzen von Jugendlichen nehmen ab

So viel Prozent der Achtklässler in Deutschland haben diese digitale Kompetenzstufe

Die Schulleistungsstudie ICILS misst die computer- und informationsbezogenen Kompetenzen von Achtklässlern und teilt sie in Stufen ein. Die Kompetenzstufe 1 steht dabei für rudimentäre, vorwiegend rezeptive Fertigkeiten und sehr einfache Anwendungskompetenzen (zum Beispiel Anklicken eines Links); Stufe 5 steht für sicheres Bewerten und Organisieren selbstständig ermittelter Informationen und Erzeugen von anspruchsvollen digitalen Präsentationen.

■ Kompetenzstufe 5 ■ Kompetenzstufe 4 ■ Kompetenzstufe 3 ■ Kompetenzstufe 2 ■ Kompetenzstufe 1



Quelle: International Association for the Evaluation of Educational Achievement
© 2025 IW Medien / iwd

IT-Branche in jüngster Zeit nicht mehr so stark, die Nachfrage nach entsprechend ausgebildeten Arbeitskräften wird aber auch in Zukunft hoch sein. Um dieser gerecht zu werden, sollte die Politik früh ansetzen und die digitalen Kompetenzen von Schülern stärken. Schließlich haben diese Skills zuletzt abgenommen (Grafik Seite 8):

Laut der internationalen Schulleistungsstudie ICILS lagen im Jahr 2023 die computer- und informationsbezogenen Kompetenzen von fast 41 Prozent der Achtklässler in Deutschland auf den zwei niedrigsten Stufen – fünf Jahre zuvor waren es noch rund 8 Prozentpunkte weniger.

So gingen die digitalen Fertigkeiten von rund jedem siebten Schüler 2023 nicht über das Anklicken eines Links oder das Hinzufügen eines Bildes in ein Dokument hinaus. Im Jahr 2018 traf dies auf lediglich jeden Zehnten zu. Gleichzeitig fiel der Anteil der Schüler in den zwei höchsten Kompetenzstufen um 4 Prozentpunkte auf gut 20 Prozent.

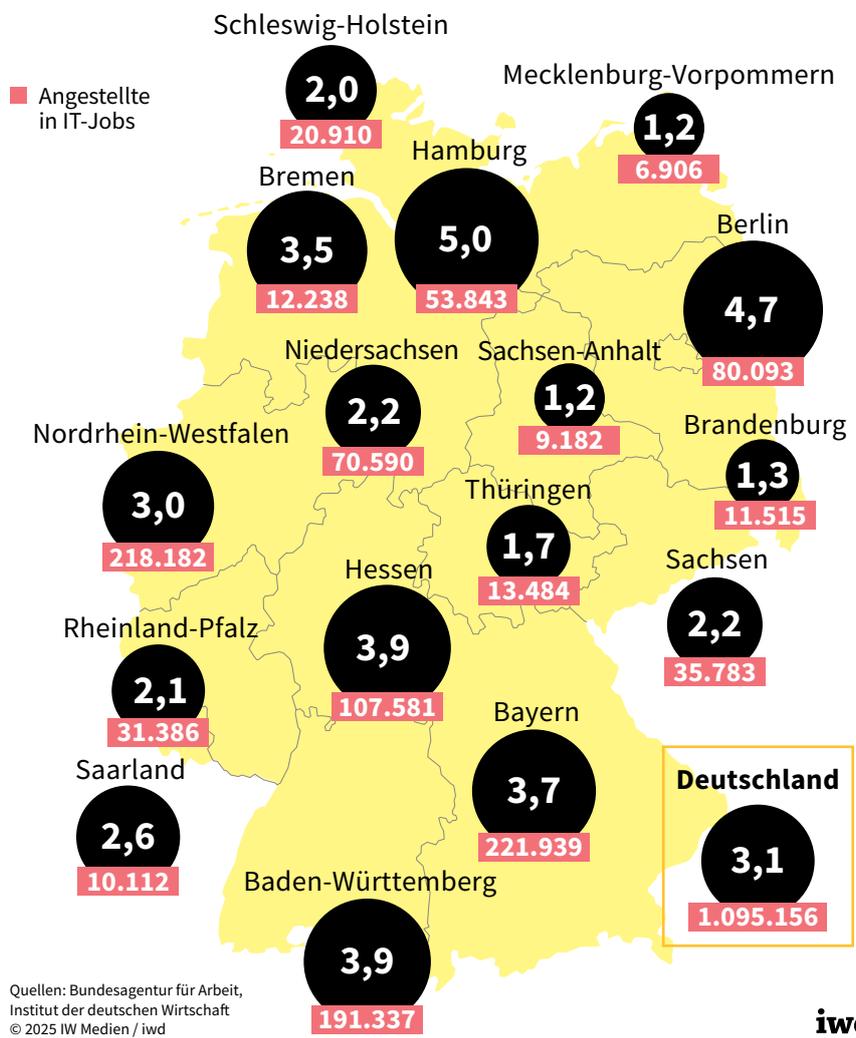
Um die digitale Bildung in jungen Jahren wieder zu stärken, muss die Politik Maßnahmen ergreifen:

Digitale Ausstattung der Schulen verbessern und Konzepte erstellen. Alle Lehrkräfte benötigen digitale Geräte wie Dienstlaptops, alle Schulen die für einen digital gestützten Unterricht erforderliche Hard- und Software sowie Lernmanagement-Systeme. Aufbauend darauf braucht es methodische Konzepte, wie Lehrkräfte die digitalen Unterrichtsmaterialien zielführend einsetzen. Für das schulbegleitende Lernen von zu Hause ist in den Privathaushalten bundesweit schnelles Internet nötig, Voraussetzung hierfür ist ein flächendeckender Breitbandausbau.

KI-Strategien entwickeln. Die Schulen brauchen Konzepte zum

Weniger IT-Fachkräfte im Osten

Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Juni 2024 in Prozent



Umgang mit und zur Nutzung von KI-basierten Systemen wie ChatGPT – damit sie beispielsweise der Gefahr entgegenwirken können, dass Schüler textbasierte Aufgaben nicht mehr eigenständig erledigen.

Digitale Ausbildung der Lehrkräfte verbessern. Hierzu gehören verbindliche Fortbildungen und Lehrplanvorgaben zur Integration digitaler Technologien. Im Lehramtsstudium sollte der Einsatz digitaler Formate im Unterricht zudem zügig ein höheres Gewicht erhalten. Eine Idee: ein Erweiterungsfach für alle Schularten, das einen Teil der angehenden Lehrkräfte zu Digitalisierungsbeauftragten ausbildet, die ihre

Kollegen später beratend unterstützen können.

Schulfach Informatik ausweiten. Um die IT-Kompetenzen der Schüler zu verbessern, sollte das Fach bundesweit in möglichst vielen Jahrgangsstufen zur Pflicht werden.

IT-Unterstützung an Schulen ausbauen. Der Aufbau multiprofessioneller Teams mit IT-Experten an Schulen kann Lehrkräfte entlasten, sodass diese mehr Zeit für die individuelle Förderung der Schüler haben. Über digitale Plattformen ließen sich zudem entwickelte Lehrinhalte teilen, sodass Schulen deutschlandweit davon profitieren könnten.

Anerkannt gut

Berufsabschlüsse. Deutschland braucht Fachkräfte aus dem Ausland. Ein wichtiger Schritt, damit Menschen aus anderen Ländern in den deutschen Arbeitsmarkt integriert werden können, ist die Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse. Wie gut das für die Unternehmen bereits funktioniert und welche Maßnahmen den Prozess verbessern können, hat das IW untersucht.

Abschluss ist nicht gleich Abschluss. Dieses Prinzip gilt in der Arbeitswelt vor allem beim Blick über die Grenzen. Da sich Ausbildungs- und Studiengänge zwischen den Ländern teils erheblich unterscheiden, sind Anerkennungsverfahren wichtig, um Fachkräften die Chance auf einen Job außerhalb ihres

Heimatlands zu geben. Für Deutschland ist dies besonders relevant, denn die hiesige Wirtschaft ist aufgrund des demografischen Wandels auf den Zuzug von Fachkräften aus dem Ausland angewiesen:

Im September 2024 fehlten nahezu 450.000 qualifizierte Fachkräfte auf dem deutschen

Arbeitsmarkt. Knapp vier von zehn offenen Stellen konnten rein rechnerisch nicht mit vorhandenen Fachkräften besetzt werden.

Die Situation dürfte sich noch verschärfen, schließlich wird in den nächsten zehn Jahren knapp jeder vierte Beschäftigte den Arbeitsmarkt altersbedingt verlassen.

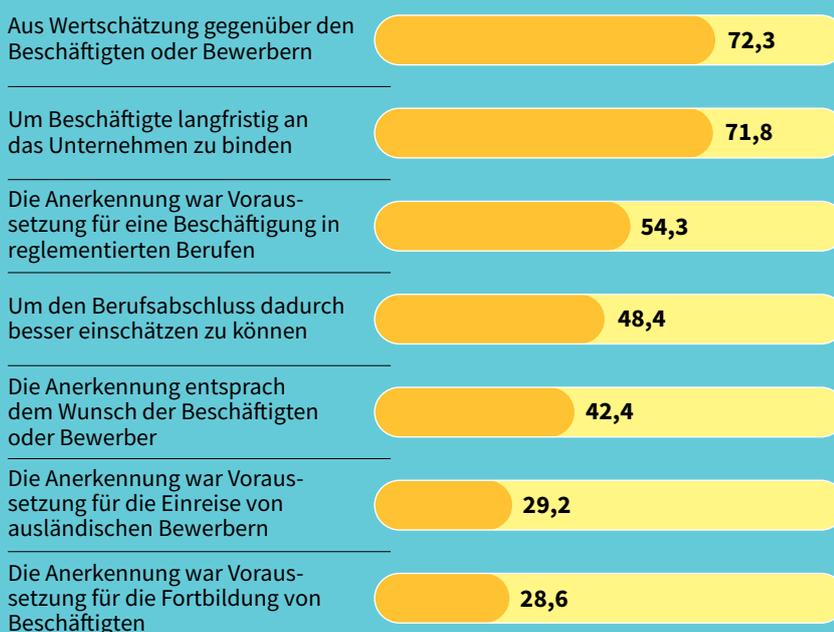
Um den Effekt über qualifizierte Zuwanderung abfedern zu können, sind zwei Faktoren besonders wichtig: Zum einen sollten ausländische Berufsabschlüsse in Deutschland möglichst schnell und unkompliziert anerkannt werden. Zum anderen gilt es, die Unternehmen für das Thema zu sensibilisieren, sie umfassend zu informieren und ihr Interesse für die Thematik zu wecken. Dies kann nur mit vorheriger Bestandsaufnahme effektiv funktionieren. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat daher im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erstmalig Unternehmen in Deutschland zum Thema ausländische Berufsabschlüsse befragt. Erste Erkenntnis:

Gut jedes sechste Unternehmen in Deutschland hat bislang Erfahrungen mit der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen gemacht.

Von ihnen hatten oder haben knapp 63 Prozent Mitarbeiter mit ausländischer Qualifikation beschäftigt. Gut 22 Prozent dieser Firmen verfügen über spezifische Erfahrun-

Ausländische Berufsabschlüsse: Warum die Anerkennung zählt

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland geben an, dass ihnen eine Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen ihrer Mitarbeiter und Bewerber aus diesen Gründen wichtig war



Befragung von 240 Unternehmen, die Erfahrung mit der Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen haben, zwischen dem 11. Juni und dem 31. August 2024

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

gen mit der Rekrutierung von Fachkräften aus dem Ausland. Die meiste Erfahrung mit der Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen haben mittlere Unternehmen ab 50 Beschäftigten und große Firmen mit einer Belegschaft von mehr als 250 Personen.

Die Gründe, warum die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen für Unternehmen wichtig ist, gehen über formale Anforderungen wie Einreisevoraussetzungen oder die Beschäftigung in reglementierten Berufen hinaus. Vielmehr spielen „weiche“ Faktoren eine zentrale Rolle (Grafik Seite 8):

Für gut 72 Prozent der Firmen ist Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten und den Bewerbern ein starkes Motiv. Fast ebenso viele hoffen, durch die Anerkennung der Berufsabschlüsse die Fachkräfte langfristig an das eigene Unternehmen zu binden.

Die deutschen Firmen greifen den ausländischen Beschäftigten beim teils komplexen Anerkennungsverfahren gezielt unter die Arme und zeigen damit, dass sie sich ihrer Verantwortung bewusst sind (Grafik):

Etwa sieben von zehn Unternehmen, die Erfahrungen mit ausländischen Berufsabschlüssen haben, beschaffen die nötigen Unterlagen und bereiten sie vor.

Ähnlich viele Firmen bieten ihren neuen Fachkräften Weiterbildungen an, um die volle Gleichwertigkeit der Qualifikation mit dem deutschen Äquivalent zu erreichen.

Auch wenn diese Ergebnisse positiv stimmen, dürfen sie nicht darüber hinwegtäuschen, dass die meisten Unternehmen in Deutschland noch keine Berührungspunkte mit ausländischen Berufsqualifikationen hatten. Dies ließe sich mit verschiedenen Maßnahmen ändern:

Netzwerke. Ein bilateraler Austausch zwischen Unternehmen

sorgt dafür, dass vorhandenes Wissen stärker verbreitet wird. Bestehende Netzwerke sollten explizite Treffen zum Thema ausländische Berufsabschlüsse organisieren.

Plattformen. Umfassende Informationen zu ausländischen Ausbildungen finden sich etwa im BQ-Portal, dem Informationsportal des Bundeswirtschaftsministeriums zu ausländischen Berufsabschlüssen. Unternehmen sollten noch stärker auf solche Angebote aufmerksam gemacht werden.

Best Practice. Erfahrungsberichte von Unternehmen, die bereits erfolgreich ausländische Fachkräfte integriert haben, können auf den Plattformen veröffentlicht werden. Das motiviert möglicherweise Firmen, die bisher noch nicht aktiv

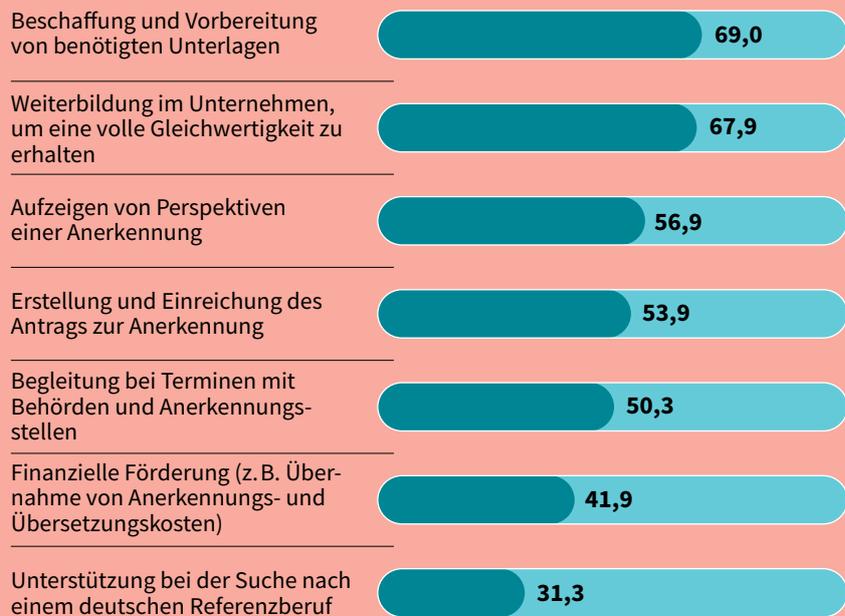
sind. Zusätzlich stärkt es das Image der porträtierten Betriebe.

Modellprojekte. Die Politik sollte innovative Modellprojekte fördern, um so standardisierte Verfahren und Anpassungsqualifizierungen zu entwickeln. Denn ein großer Wunsch der Unternehmen ist eine beschleunigte und einheitliche Anerkennung der Abschlüsse.

Ansprechpartner. Da viele Unternehmen noch unsicher beim Anwerben ausländischer Fachkräfte sind, braucht es mehr regionale Ansprechpartner.

Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse: Was die Firmen tun

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland ergreifen diese Maßnahmen, um ihre Mitarbeiter bei der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen zu unterstützen



Befragung von 240 Unternehmen, die Erfahrung mit der Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen haben, zwischen dem 11. Juni und dem 31. August 2024

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2025 IW Medien / iwd



IW-Report 8/2025
Gesina Leininger et al.: Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse aus Unternehmenssicht

Unter Strom

Energie. Für die Industrie sind die Stromkosten ein wichtiger Faktor im internationalen Wettbewerb. Derzeit müssen Unternehmen in Deutschland deutlich mehr für diesen Energieträger zahlen als die Konkurrenz in den USA und China. Die künftige Bundesregierung muss deshalb die Transformation der Stromversorgung schnell angehen, um den Industriestandort zu sichern und seine Unternehmen zu stärken.

Der Blick auf die Stromrechnung kann je nach Höhe des Betrags schon mal einen kleinen Schock auslösen. Doch was für Verbraucher in der Regel höchstens ärgerlich ist, kann Unternehmen in ernsthafte Schwierigkeiten bringen. Das gilt vor allem für energieintensive Industrieunter-

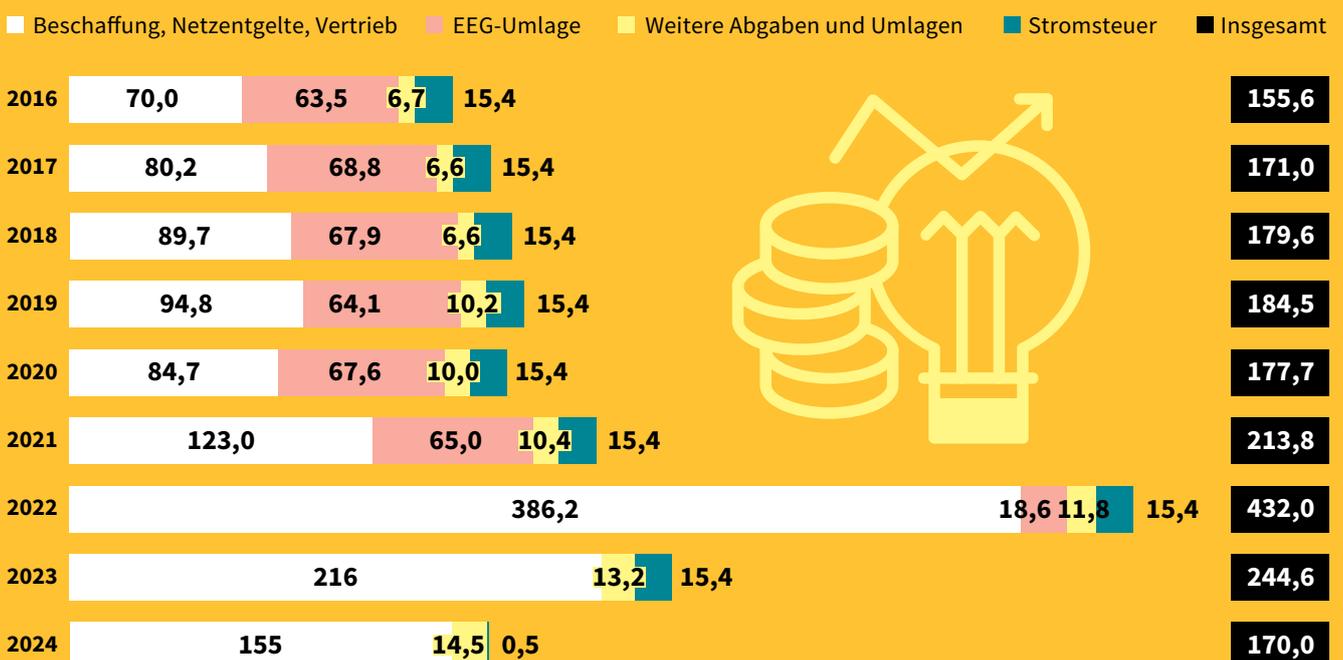
nehmen. Ein hoher Strompreis ist für sie gleichbedeutend mit einem massiven Nachteil im internationalen Wettbewerb, denn anders als bei Ausschlägen von Gas- und Ölpreisen, die sich weltweit auswirken, sind Strompreise eine regionale Angelegenheit.

Außerdem werden aufgrund der geplanten Transformation der Wirtschaft weg von fossilen Brennstoffen hin zu elektrischer Energie die Kosten für Strom künftig noch relevanter.

Verschiedene Studien, unter anderem von Agora Energiewende,

Strompreis in Deutschland: Beschaffung deutlich teurer

So viel Euro kostete eine Megawattstunde Strom durchschnittlich bei Abschluss eines Neuvertrags für Unternehmen mit einem jährlichen Stromverbrauch von 160 Megawattstunden bis 20 Gigawattstunden



Quelle: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

Wuppertal Institut und Fraunhofer ISE, gehen davon aus, dass der industrielle Strombedarf in Deutschland bis 2030 um gut 20 Prozent gegenüber dem Vor-Corona-Jahr 2019 steigt. Bis 2045 prognostizieren einige Forscher sogar einen Anstieg um mehr als 100 Prozent.

Die Energiekrise infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine hatte den Strompreis in Deutschland zwischenzeitlich in die Höhe schnellen lassen. Im vergangenen Jahr lag der Strompreis für einen Neuabschluss in der Industrie laut Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft dann wieder auf dem Niveau von 2020. Im längerfristigen Vergleich ist die Entwicklung dennoch kritisch (Grafik Seite 14):

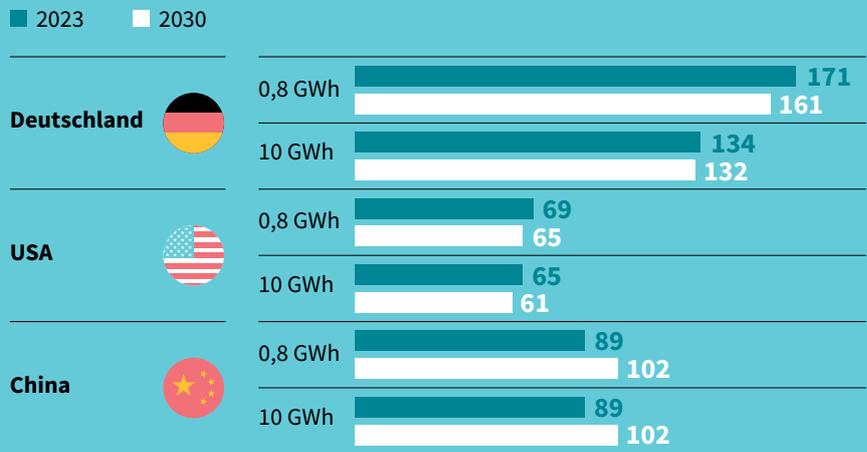
Die Beschaffung des Stroms ist weiterhin deutlich teurer als vor den Krisen der vergangenen Jahre. 155 Euro kostete sie für eine Megawattstunde inklusive Netzentgelten im Jahr 2024, fünf Jahre zuvor lagen die Beschaffungskosten bei knapp 95 Euro.

Der jüngste Rückgang des Gesamtpreises ist auch auf die Rücknahme staatlicher Kostenbestandteile zurückzuführen. So schaffte die Politik 2022 etwa die EEG-Umlage ab. Zugleich gab sie vorher aber energieintensiven Unternehmen Rabatte auf diese staatliche Komponente des Strompreises. Diese Option ist nun nicht mehr vorhanden. Von den steigenden Beschaffungskosten sind energieintensive Unternehmen inzwischen also voll betroffen.

Absolut gesehen müssen Industriekunden in Deutschland heute

Industriestrompreis: Wettbewerbsnachteil bleibt

So viel Euro kostet(e) eine Megawattstunde Strom für Industrieunternehmen mit diesem jährlichen Verbrauch in Gigawattstunden (GWh)



Unter der Annahme aktueller Preismechanismen; 2030: Prognose
USA: Texas

Quellen: Boston Consulting Group, Bundesverband der Deutschen Industrie, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwD



einen der höchsten Strompreise aller EU-Staaten berappen. Und auch gegenüber der Konkurrenz in den USA und China haben deutsche Unternehmen derzeit das Nachsehen. Der Blick in die Zukunft sieht ebenfalls nicht rosig aus (Grafik):

Im Jahr 2030 könnten die Kosten in Deutschland für Unternehmen mit einem jährlichen Verbrauch von zehn Gigawattstunden für eine Megawattstunde Strom 132 Euro betragen. In China werden es nach heutiger Prognose 102 Euro sein, in den USA mancherorts sogar nur 61 Euro.

Deutschland braucht folglich dringend eine Strategie, um den hiesigen Strompreis dauerhaft zu senken – die neue Bundesregierung sollte umgehend Maßnahmen

ergreifen, die dazu beitragen, die Systemkosten und Großhandelspreise zu drücken. Beispiele dafür sind neben dem konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien der weitgehende Verzicht auf Erdkabel beim Netzausbau. Wichtig wären außerdem mehr Anreize für eine netzdienliche Einspeisung von erneuerbaren Energien, beispielsweise durch eine Anpassung des Vergütungsmechanismus im Erneuerbare-Energien-Gesetz oder die bereits verabschiedete Ausweitung der Steuerungsmöglichkeiten für Photovoltaikanlagen. Außerdem gilt es, Speicher und Gaskraftwerke auszubauen, um in Zeiten geringer Einspeisung von Sonne und Wind eine verlässliche Stromversorgung gewährleisten zu können.

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) · Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber · Grafik: IW Medien GmbH · E-Mail: iwD@iwkoeln.de · Bezugspreis: €13,31/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · Abo-Service: Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwmedien@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Wartich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post



Die Biobranche wächst

Biolebensmittel. Die deutsche Biobranche blickt auf ein Rekordjahr 2024 zurück. Wieder gaben die Verbraucher in Deutschland mehr Geld für Biobiolebensmittel und -getränke aus als im Jahr zuvor. Besonders gefragt waren Trockenprodukte, die häufig in Drogeriemärkten gekauft wurden.

Mehl, Müsli, Nudeln – das Sortiment an Biobiolebensmitteln im deutschen Einzelhandel ist in den vergangenen Jahren immer größer geworden. Das spiegelt sich auch im Umsatz der Biobranche wider (Grafik):

Rund 17 Milliarden Euro gaben die Verbraucher in Deutschland im Jahr 2024 für Bioproducte aus –

das waren fast 6 Prozent mehr als im Vorjahr.

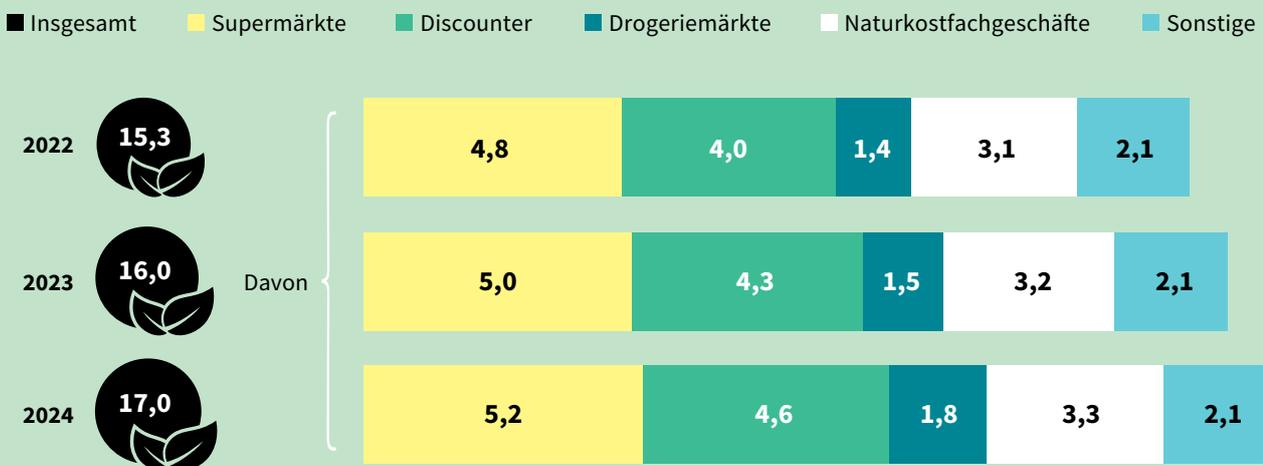
Mit einem Plus von annähernd 20 Prozent ist der Bioumsatz bei den Drogeriemärkten am stärksten gewachsen. Der Wachstumstreiber waren die sogenannten Trockenproduktkäufer. Sie sind eine von sieben Biokäufergruppen, die das Forschungsinstitut NIQ in einer aktuel-

len Verbraucherstudie identifiziert hat.

Die Käufergruppe, die überwiegend Trockenprodukte in Bioqualität kauft, macht rund 12 Prozent der deutschen Haushalte aus – und sorgt für gut 28 Prozent des Bioumsatzes. Zu ihnen zählen jüngere Verbraucher mit schmalen Geldbeutel und besonderem Preisbewusstsein. Sie

Biobiolebensmittel: Umsatz steigt weiter

Soviel Milliarden Euro gaben Verbraucher für Biobiolebensmittel und -getränke in Deutschland aus



Supermärkte: Geschäfte mit einer breiten Produktauswahl; Sonstige: Bäckereien, Metzgereien, Obst-/Gemüse-Fachgeschäfte, Wochenmärkte, Ab-Hof-Verkauf, Versandhandel, Tankstellen, Reformhäuser; Naturkostfachgeschäfte: inklusive Hofläden, die Waren im Wert von mindestens 51.500 Euro zukaufen

Quellen: Bund Ökologische Landwirtschaft, Agrarmarkt Informations-Gesellschaft © 2025 IW Medien / iwd

kaufen vor allem haltbare und abgepackte Biolebensmittel – bevorzugt in Drogeriemärkten.

Das Bio-Trockensortiment erzielte 2024 über alle Verkaufsstellen hinweg ein Umsatzplus von fast 10 Prozent – Frischeprodukte erreichten dagegen nur ein Plus von knapp 3 Prozent.

Der Grund: Insbesondere bei Obst, Gemüse und Kartoffeln gab es im vergangenen Jahr spürbare Ernteaussfälle.

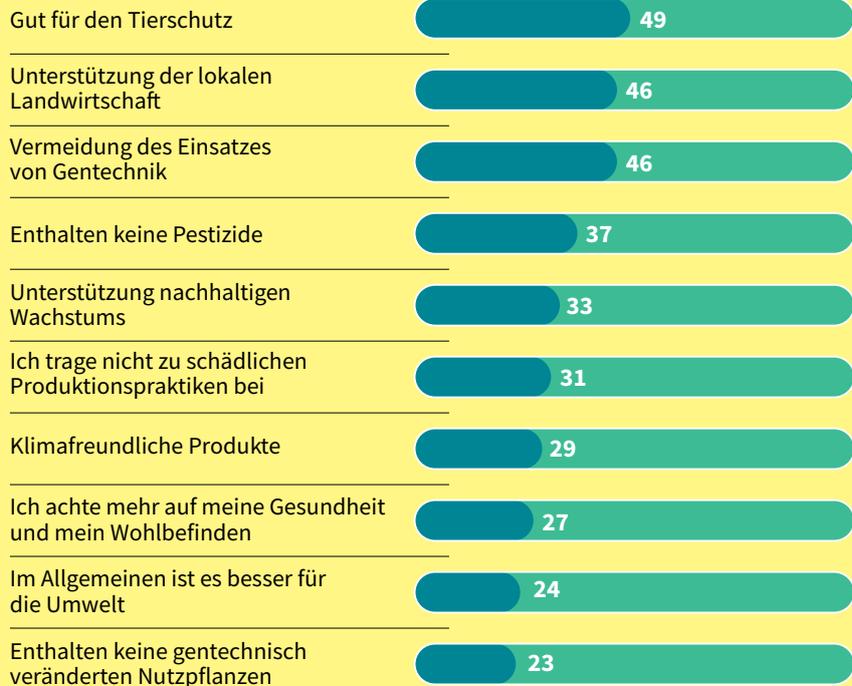
Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft führt das Umsatzplus in erster Linie auf die Bio-Eigenmarken der Einzelhandelsketten zurück. Der damit erzielte Umsatz stieg im Jahr 2024 um fast 14 Prozent. Deutlich darunter lag der Zuwachs der Herstellermarken mit etwas mehr als 3 Prozent. Daran zeigt sich, dass die deutschen Verbraucher eher die günstigeren Eigenmarken des Lebensmitteleinzelhandels kauften als die teureren Produkte der Markenhersteller.

Der Lebensmitteleinzelhandel erzielte 2024 gut zwei Drittel des gesamten Bioumsatzes. Davon entfielen 31 Prozent auf Supermärkte mit einer breiten Produktauswahl, rund 27 Prozent auf die Discounter und 11 Prozent erwirtschafteten die Drogeriemärkte. Neben dem starken Umsatzplus der Drogeriemärkte setzten die Supermärkte rund 5 Prozent und die Discounter knapp 7 Prozent mehr um.

Der Naturkostfachhandel, der einen Marktanteil von rund einem Fünftel verzeichnet, wuchs ebenfalls: Bioläden und Biosupermärkte erzielten ein Umsatzzuwachs von knapp 4 Prozent. Dort entfielen knapp zwei Drittel des Gesamtumsatzes auf frische Biolebensmittel wie Obst und Gemüse sowie Milch- und Fleischprodukte. Trockenprodukte machten gut ein Drittel des Umsatzes aus.

Top-10-Gründe für den Kauf von Bioprodukten

So viel Prozent der Verbraucher kaufen aus diesen Gründen Biolebensmittel und -getränke



Befragung von 9.842 Verbrauchern im März 2024
 Quellen: Bund Ökologische Landwirtschaft, NIQ Consumer Panel
 © 2025 IW Medien / iwd



Sonstige Verkaufsstellen wie Hofläden, Wochenmärkte oder Reformhäuser mussten 2024 leichte Umsatzeinbußen hinnehmen. Sie erreichten einen Gesamtumsatz von gut 2 Milliarden Euro – etwas weniger als in den zwei Jahren zuvor. Ihr Anteil am Gesamtmarkt belief sich zuletzt auf 12 Prozent.

Aber warum entscheiden sich eigentlich immer mehr der deutschen Verbraucher für Biolebensmittel? Eine aktuelle NIQ-Befragung zeigt (Grafik):

Gut die Hälfte der Biokonsumenten kauft Biolebensmittel ein, weil ihnen das Tierwohl am Herzen liegt. 46 Prozent wollen damit die heimische Landwirtschaft unterstützen. Für die eigene Gesundheit und das Wohlbefinden greifen 27 Prozent zu Bioprodukten.

Auf der anderen Seite geben aber auch zwei Drittel der Befragten an, dass die höheren Preise sie davon abhalten würden, mehr Bioprodukte zu kaufen. 17 Prozent finden, dass es im Laden zu wenige Bioprodukte gibt, und 7 Prozent können sie im Geschäft nicht finden.

Insgesamt kauften fast 97 Prozent der deutschen Haushalte im vergangenen Jahr Biolebensmittel ein. Dennoch lag der Anteil der Biosparte am Gesamtumsatz des Lebensmitteleinzelhandels 2023 nur bei etwas mehr als 6 Prozent. Die Mehrheit – zwei Drittel der Bundesbürger – gab 2024 weniger als 5 Prozent ihres Lebensmittelbudgets für Bioprodukte aus. Nur 6 Prozent der Verbraucher steckten mehr als ein Fünftel ihrer Ausgaben für Lebensmittel in Bioerzeugnisse.

Zahl der Woche

29 Prozent



der 51.900 hauptberuflichen Professuren an Hochschulen in Deutschland waren laut Statistischem Bundesamt zum Jahresende 2023 mit Frauen besetzt. In den vergangenen 20 Jahren ist der Frauenanteil unter den Professoren an deutschen Hochschulen durchgehend gestiegen: Während im Jahr 2003 nur 13 Prozent der Professuren auf Frauen entfielen, waren es 2013 bereits 21 Prozent. Bis heute studieren Frauen allerdings deutlich seltener als Männer in promotionsstarken Fächern – darunter fallen zum Beispiel die Bereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Am häufigsten sind Professorinnen mit einem Anteil von rund 43 Prozent in den Geisteswissenschaften vertreten – in den Ingenieurwissenschaften sind dagegen nur 16 Prozent der Professoren weiblich. Generell gilt: Je höher die Stufe der akademischen Leiter, desto niedriger ist der Frauenanteil. So waren Frauen unter den Personen, die im Wintersemester 2023/2024 ein Hochschulstudium begonnen haben, mit einem Anteil von 52 Prozent sogar in der Überzahl. Auch von den Bachelor- und Masterabsolventen des Prüfungsjahres 2023 war mehr als die Hälfte weiblich.

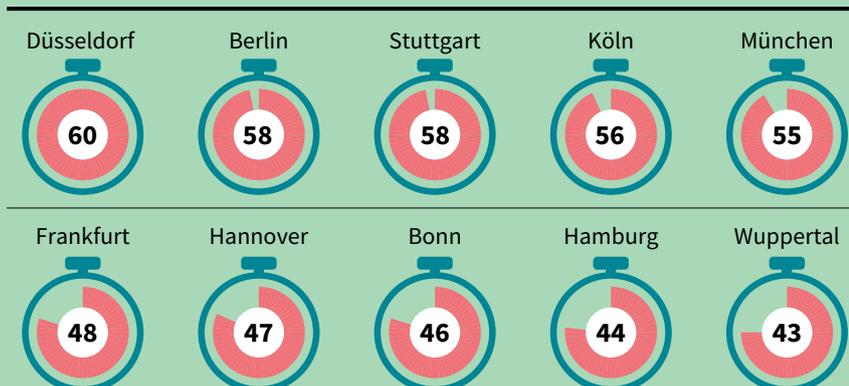
Top-Liste: Die Stau-Städte

Bremsen, hupen, fluchen – durch hohes Verkehrsaufkommen während der Hauptpendelzeiten rückt der Feierabend für Autofahrer schnell mal in weite Ferne. Im Jahr 2024 verloren sie in Deutschland im Schnitt rund 43 Stunden durch Staus – etwa drei Stunden mehr als im Jahr zuvor. Insgesamt nahm die Verspätung hierzulande in 53 Stadtgebieten zu.

Besonders stark war der Anstieg in Düsseldorf. Dort waren die Bundesbürger nicht nur mehr als zehn Stunden länger unterwegs als im Vorjahr, sondern verloren auch bundesweit die meiste Zeit durch den stockenden Verkehr. Erstmals steht die Rheinmetropole damit an der Spitze der staureichsten Städte. Das liegt zum einen daran, dass die Innenstadt an Adventssamstagen oder während der Fußballeuropameisterschaft stark überfüllt war. Zum anderen verursachten auch zahlreiche Baustellen auf stark befahrenen Autobahnen rund um die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt, darunter die A 46 und A 59, zusätzliche Staus.

Volle Straßen fressen Zeit

So viele Stunden standen Autofahrer in Deutschland im Jahr 2024 in diesen Städten im Stau



Stautunden: Unterschied zwischen dem Fahren während der Hauptpendelzeiten und dem Fahren bei frei fließendem Verkehr
 Quelle: INRIX
 © 2025 IW Medien / iwd